

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## IV. Quartal 2006

Abgeschlossen am 31. Dezember 2006. • E-Mail Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei werden vorübergehend ausgesetzt, da sich die Türkei weigert, See- und Flughäfen für griechisch-zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Die EU ist jedoch grundsätzlich bereit, zu einem späteren Zeitpunkt die Verhandlungen fortzuführen. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Verbesserung der Verhandlungsführung in künftigen Beitrittsverhandlungen werden vom Rat bestätigt. Dabei soll auch der Fähigkeit der Union zur Aufnahme neuer Mitglieder Rechnung getragen werden. Deutschland beschließt eine Reform der Unternehmensbesteuerung sowie eine Erhöhung des Pensionsantrittsalters.

**9. Oktober:** Den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhält Edmund S. Phelps von der Columbia University, New York, für seine Beiträge zur Unterscheidung von kurz- und langfristigen Auswirkungen von Inflation und Arbeitslosigkeit.

**2. November:** Die "Reform der Unternehmensteuer in Deutschland" wird beschlossen. 2008 wird die gesamte Steuerbelastung von Unternehmen um 9 Prozentpunkte auf 29,8% verringert. Die wichtigste Maßnahme dabei ist die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25% auf 15%. Auch Personengesellschaften können von diesem niedrigen Steuersatz auf einbehaltene Gewinne profitieren. Kapitalerträge werden ab 2009 mit einer Quellensteuer von 25% besteuert.

Eine Woche zuvor hat die Regierung beschlossen, Betriebe bei Weiterführung von der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu befreien. Die Steuerschuld wird jährlich um 10% des Ausgangsniveaus abgebaut und entfällt somit nach 10 Jahren.

**8. November:** Die Europäische Kommission legt ihren kritischen Fortschrittsbericht zum Beitrittsgesuch der Türkei ([http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/Chronik\\_Dokumente/Fortschrittsbericht\\_Tuerkei\\_2006.pdf\\_zur\\_Tuerkei](http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/Chronik_Dokumente/Fortschrittsbericht_Tuerkei_2006.pdf_zur_Tuerkei)) vor. Obwohl wichtige Rechtsreformen umgesetzt wurden, habe sich das Tempo der Reformen 2005 verlangsamt. Menschenrechtsverletzungen würden seltener, wären jedoch trotz bestehenden Rechtsrahmens immer noch zu verzeichnen. Geltende Rechtsvorschriften würden nur mangelhaft angewandt. Strukturreformen zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie würden vollzogen, aber der weiterhin bestehende politische Einfluss der Streitkräfte wird kritisiert. Problematisch sieht der Bericht die Diskriminierung von religiösen Minderheiten. Die Kommission begrüßt die zunehmende Gleichberechtigung der Frauen, jedoch biete die Anwendung von Gewalt gegen Frauen Anlass zur Beunruhigung. Zu wesentlich positiveren Ergebnissen kommt die wirtschaftliche Analyse: Die Türkei könne als funktionierende Marktwirtschaft angesehen werden. Wenn sie an der Stabilisierungspolitik festhalte und weitere Strukturreformen umsetze, könne die Volkswirtschaft mittelfristig dem Wettbewerb und den Marktkräften in der EU Stand halten. Positiv sieht der Bericht die Verbesserung der Finanzverwaltung und -kontrolle sowie die Reformen des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens im Bankensektor. Ausländische Direktinvestitionen wurden gesteigert. Das stark erhöhte Leistungsbilanzdefizit gibt jedoch Anlass zur Sorge.

### Ausland

Nobelpreis Ökonomie

Deutschland: Steuerreform

EU: Beitrittsverhandlungen  
Türkei

EU: Vorgangsweise  
Erweiterung

In der Überprüfung weiterer Kandidatenländer wird hervorgehoben, dass Kroatien seine Anstrengungen in wesentlichen Bereichen weiter verstärkt habe.

Aufgrund bisheriger Erfahrungen mit der Erweiterung schlägt die Europäische Kommission in einem Sonderbericht über die Fähigkeit der Union zur Integration neuer Mitgliedsländer<sup>1)</sup> folgende Verbesserungen für Beurteilung und Vorgangsweise vor:

- Die Fähigkeit der EU zur Integration eines bestimmten Landes soll in allen wichtigen Phasen des Erweiterungsprozesses bewertet werden, und zwar hinsichtlich der Auswirkungen des Beitritts auf die Institutionen, den Haushalt und die Politik, insbesondere die Agrar- und Strukturpolitik der EU.
- Die Ergebnisse des wirtschaftlichen und politischen Dialogs sollen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen berücksichtigt werden.
- Benchmarks wären als systematischer Maßstab für die Eröffnung und Schließung der einzelnen Verhandlungskapitel zu verwenden.
- In einem frühen Stadium des Beitrittsprozesses müssten jeweils Fragen der Justizreform, der Verwaltungskapazität und der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität angesprochen werden.

Berlin: Ladenöffnungszeiten

**17. November:** In Berlin werden die Ladenöffnungszeiten liberalisiert. Ab sofort dürfen Geschäfte von Montag bis Samstag von 0 bis 24 Uhr geöffnet sein. Zusätzlich ist das Offenhalten an 10 Sonntagen (u. a. an allen 4 Adventsontagen) erlaubt.

G 20: Kyoto-Protokoll

**18. November:** Anlässlich des Treffens der Finanzminister und Notenbankdirektoren der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer ("G 20") in Melbourne ruft der Internationale Währungsfond (IWF) dazu auf für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll ein Nachfolgeabkommen abzuschließen.

Deutschland:  
Pensionsantrittsalter

**29. November:** Die deutsche Regierung beschließt einen Gesetzesentwurf, mit dem das gesetzliche Pensionsantrittsalter von derzeit 65 Jahren ab 2012 bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre erhöht werden soll. Personen, die mindestens 45 Jahre pensionsversichert waren (derzeit 27% der Männer, aber nur 4% der Frauen), können dann weiterhin mit 65 Jahren in den Ruhestand treten.

EU: Beitrittsverhandlungen  
Türkei

Die diplomatischen Bemühungen der finnischen Ratspräsidentschaft, die Türkei zur Einhaltung des "Ankara-Protokolls" ([http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21970A1123\(01\):DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:21970A1123(01):DE:HTML)) zu verpflichten, zeigen keinen Erfolg<sup>2)</sup>. Da die EU-Mitgliedstaaten einig sind, mit der Türkei Beitrittsverhandlungen führen zu wollen, empfiehlt die Europäische Kommission anlässlich der Regierungskonferenz, die für die Beschränkungen der Türkei gegenüber der Republik Zypern relevanten Kapitel solange nicht zu verhandeln, bis die Türkei ihre Verpflichtungen erfüllt: 1. Freier Warenverkehr, 3. Niederlassungsrecht und Dienstleistungsfreiheit, 9. Finanzdienstleistungen, 11. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, 13. Fischerei, 14. Verkehrspolitik, 29. Zollunion und 30. Außenbeziehungen. Darüber hinaus soll kein verhandeltes Kapitel geschlossen werden.

EU: Konvergenzbericht 2006

**5. Dezember:** Die Konvergenzberichte 2006 der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission zeigen als Entscheidungsgrundlage für die Übernahme der gemeinsamen Währung für die neun bewerteten Länder Tschechien, Estland, Zypern, Lettland, Ungarn, Malta, Polen, Slowakei und Schweden ungleiche Fortschritte. So liegt die Inflation in Tschechien, Zypern, Polen und Schweden unter dem Referenzwert von 2,8%. Die Kriterien für die Finanzlage der öffentlichen Hand erfüllen Estland, Zypern, Lettland und Schweden. Estland entspricht als einziges Land dem Kriterium der Wechselkursstabilität, Zypern, Malta, Lettland und die Slowakei nehmen bereits seit 2005 am Wechselkursmechanismus II teil. Einzig Ungarn erfüllt das Kriterium

<sup>1)</sup> KOM(2006) 649 endgültig, Anhang 1, [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2006/Nov/com\\_649\\_strategy\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/Nov/com_649_strategy_paper_de.pdf).

<sup>2)</sup> Laut Ankara-Protokoll soll die Türkei die Zollunion auf alle neuen EU-Länder anwenden. Die Weigerung der Türkei, See- und Flughäfen für griechisch-zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen, widerspricht diesem Protokoll.

der langfristigen Zinssätze<sup>3)</sup> nicht, dem Kriterium der Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften entspricht nur Estland nicht.

**7. Dezember:** Mit Wirkung vom 13. Dezember erhöht die Europäische Zentralbank die Leitzinsen um 0,25 Basispunkte. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird auf 3,5%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 4,5% und der Zinssatz für die Einlagefazilität auf 2,5% angehoben.

**11. Dezember:** Die Außenminister der Europäischen Union beschließen aufgrund der Empfehlung der Kommission vom 29. November, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in acht der 35 Themengebieten auszusetzen und keine weiteren Verhandlungen abzuschließen, da die Türkei ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Eine Lösung des Zypern-Konflikts mit Hilfe der UNO wird angestrebt.

**14. Dezember:** Die OPEC beschließt anlässlich eines außerordentlichen Ministertreffens in Abuja, die Förderung um 0,5 Mio. Barrel pro Tag zu drosseln. Bereits im Oktober wurde eine Verringerung um 1,2 Mio. Barrel pro Tag beschlossen. Die von der OPEC vorgegebene Förderquote wird ab 2007 25,8 Mio. Barrel pro Tag betragen.

**14.-15. Dezember:** Der Europäische Rat beschließt, sich den Schlussfolgerungen der Außenminister vom 11. Dezember bezüglich der Verhandlungen mit der Türkei anzuschließen. An den Zusagen gegenüber den im Erweiterungsprozess befindlichen Ländern wird festgehalten. Die Entscheidung über die Integration neuer Mitgliedsländer muss mit der Aufnahmefähigkeit der Union verbunden werden. Die bisherige Erweiterung sei ein Erfolg und sichere Frieden und Stabilität auf dem ganzen Kontinent. Die beitretenden Länder müssten jedoch in der Lage sein, die mit der Mitgliedschaft verbundenen Pflichten uneingeschränkt wahrzunehmen. Die Union müsse ihrerseits zu effizienter Arbeit und Weiterentwicklung fähig sein. Das Tempo der Erweiterung müsse der Fähigkeit der Union zur Aufnahme neuer Mitgliedsländer Rechnung tragen. Die Organe der EU müssten effizient funktionieren und die Politik der EU auf nachhaltige Weise weiterentwickelt und finanziert werden. Ein angestrebter Beitritt Serbiens zur Europäischen Union wird nach wie vor begrüßt.

**19. Dezember:** Das zentraleuropäische Freihandelsabkommen CEFTA wird in Bukarest neu konstituiert, da sich die Gründer der CEFTA – Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn und Polen – nach ihrem EU-Beitritt zurückgezogen haben. Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Albanien, Montenegro und Moldawien unterzeichnen die neue Satzung. Anfang Mai 2007 wird das Übereinkommen für einen Wirtschaftsraum mit einer Bevölkerung von 29 Mio. in Kraft treten.

*EZB: Leitzinssatzerhöhung*

*EU: Beitrittsverhandlungen  
Türkei*

*OPEC: Förderquote*

*Europäischer Rat:  
Erweiterung*

*CEFTA*

Nach der Nationalratswahl nimmt die Sozialdemokratische Partei Österreichs als stimmenstärkste Partei Koalitionsverhandlungen mit der Österreichischen Volkspartei auf. Der Nationalrat beschließt eine Übergangsregelung für die Legalisierung der Beschäftigung von bisher illegal eingesetzten Pflegekräften sowie die Erhöhung der Pensionen. Die BAWAG P. S. K. wird um 3,2 Mrd. € an ein Konsortium mit überwiegend amerikanischer Beteiligung verkauft.

## Österreich

**1. Oktober:** Die bei der Nationalratswahl gültig abgegebenen 4,7 Mio. Stimmen verteilen sich wie folgt: Österreichische Volkspartei (ÖVP) 34,33%, Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 35,34%, Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 11,04%, Die Grünen – Die Grüne Alternative (GRÜNE) 11,05%, Die Freiheitlichen – Liste Westenthaler – BZÖ (BZÖ) 4,11%, Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) 1,01%, Liste Dr. Martin – Für Demokratie, Kontrolle, Gerechtigkeit (MATIN) 2,80%. Die Wahlbeteiligung beträgt 78,49%.

**13. Oktober:** SPÖ und ÖVP beginnen Koalitionsverhandlungen. Arbeitsgruppen sollen sich mit den Themen Bildung, Wirtschaftsstandort, Finanzen, Integration, Soziales, äußere Sicherheit, Staatsreform, Kunst und Sport, Frauen und Familie, Umwelt und ländlicher Raum befassen.

*Nationalratswahl*

*Koalitionsverhandlungen*

<sup>3)</sup> Demnach dürfen die durchschnittlichen langfristigen Zinssätze um nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in jenen (höchstens drei) Mitgliedstaaten liegen, die im Jahr vor der Bewertung die höchste Preisstabilität erzielten.

Pensionserhöhung

**4. Dezember:** SPÖ und ÖVP beschließen im Nationalrat, die Pensionen 2007 um 1,6% anzuheben, ab einer Pensionshöhe von 1.920 € gilt ein Fixbetrag von +30 €. Gleichzeitig wird eine nach der Pensionshöhe gestaffelte Einmalzahlung von 25 € bis 60 € vorgesehen.

Eine Übergangsregelung für die Legalisierung der Beschäftigung von Pflegekräften aus den neuen EU-Ländern, die einer Übergangsregelung für die Freizügigkeit der Arbeitskräfte unterliegen, wird beschlossen. Privathaushalte, die eine Pflegekraft unangemeldet beschäftigen, sind dadurch von einer Verwaltungsstrafe geschützt, wenn die zu pflegende Person Pflegegeld mindestens der Stufe 3 erhält und die Pflegekraft sozialversichert ist. Das "Pflege-Übergangsgesetz" ist bis 30. Juni 2007 befristet.

VIDA

**7. Dezember:** Die neue Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft VIDA ("Vorteil in der Arbeitswelt") wird gegründet. Sie setzt sich aus der früheren Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE), der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPS) und der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV) zusammen und hat mehr als 166.000 Mitglieder.

BAWAG P. S. K.: Verkauf

**14. Dezember:** Die BAWAG P. S. K. wird um 3,2 Mrd. € an den US-amerikanischen Hedge-Fonds Cerberus unter Einbindung der Partner österreichische Post, Generali Versicherung, Bausparkasse Wüstenrot und einer Gruppe von Privatinvestoren um Hannes Androsch verkauft. Ein Teil des Erlöses (höchstens 200 Mio. \$) steht den REFCO-Gläubigern zu<sup>4)</sup>. Mitbewerber waren der US-amerikanische Fonds Lone Star und die Bayerische Landesbank.

<sup>4)</sup> Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2006", WIFO-Monatsberichte, 2006, 79(7), S. 520, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=26777](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=26777).